Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Sendewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlags- und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 50. Halle, Mittwoch, den 5. März 1919. 3. Jahrgang.

Der Mißbrauch berechtigter Arbeiterforderungen.

Eine Woche Generalstreik — eine Woche tobt der Kampf um die Forderungen der Streikenden. Erst heute können wir Stellung nehmen zu den Forderungen, die sich im Laufe des Streiks herausgeschält haben. Man nahm uns die Presse, das wichtigste Kampf- und Aufklärungsmittel, so daß es uns unmöglich war, unsere Stellungnahme alltäglich zu der veränderten Streiklage und zu den sich dauernd verschiebenden Forderungen zu präzisieren. Wir müssen das nun heute, nachdem die Freiheit der Presse wiederhergestellt ist, kurz zusammenfassend tun.

Bei Ausbruch des Streikes ging es um Großes, um die Kernfrage: Rätesystem oder Nationalversammlung. Neben der Forderung um Demokratie in den Betrieben wurden weitgehende politische Rechte für die Arbeiterräte und die eventuelle Aufrichtung einer Räterepublik, wie sie angeblich in Bayern aufgerichtet sein sollte, gefordert. Nebenher ging noch die kategorische und politische Forderung durch die Macht des wirtschaftlichen Kampfes die Regierung Scheidemanns zu stürzen. Alle diese rein politischen Forderungen, zu denen unsere Stellungnahme klar gegeben war, und die unsere Partei in ihrer Erklärung vom 25. Februar und die Volksstimme bei ihrem letztmaligen Erscheinen am 26. Februar ganz selbstverständlich abgelehnt hat, sind im weiteren Verlaufe des Kampfes mehr und mehr in den Hintergrund getreten, täglich wurden sie maßvoller, von Tag zu Tag ihre Schärfe gemindert, bis schließlich zuletzt nichts mehr übrig blieb als die rein wirtschaftliche Forderung der Demokratie in den Betrieben; der Betriebsräte.

Dies festzustellen ist nicht unwesentlich und gleich wichtig ist, die Gründe dieses Werdeganges darzulegen. Wie schon oft betont und auch an anderer Stelle dargelegt werden wird, ist der Streik nicht von den Gewerkschaften, der Masse der Arbeiter, dem Arbeiterrat gemacht worden als wirtschaftlicher Streik, sondern er wurde in Szene gesetzt von den Unabhängigen als rein politischer Machtkampf. Der Hallische Arbeiterrat z. B. hat den Streik nicht beschlossen, er wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, hatte die Sache nur noch zutzuheißen und erhielt auf die Frage, wer den Kampf beschlossen, keine Antwort.

Jedoch in der Zeit des allgemeinen Mangels, der Rationierung, der an sich schon daniederliegenden Produktion und dem Mangel an Rohstoffen, ist ein Generalstreik ein nicht allzu scharfes und dazu ein recht zweischneidiges Schwert. So drohte denn der Generalstreik, der wegen dem in der Natur der Sache liegenden und unter solchen Umständen vielleicht auch unvermeidlichen Zwang und Terror zur allgemeinen Arbeitsniederlegung, ein ziemlich oder auch ganz vollständiger war, allmählich abzubröckeln. Das Geld wurde alle, die Lebensmittel gingen aus, die Schwierigkeiten häuften sich, das Ende mußte gesucht und gefunden werden, um nicht die ganze gewaltige Aktion in sich zusammenbrechen zu lassen. Und darum schoben die Unabhängigen alle ihre unerreichbaren politischen Forderungen in den Hintergrund, gaben sie preis und schoben allmählich und systematisch die wirtschaftlichen Forderungen vor, die schließlich dann als nur alleinige Forderungen übrigblieben. Es ist dies eine logische und durchaus begreifliche Handlungsweise; denn die Unabhängigen durften aus dem Kampfe, den sie gewollt und als deren Ergebnis sie den Massen

das Höchste und Letzte vorgefabelt und versprochen

haben, nicht mit leeren Händen heimkehren, und da blieb ihnen nur das, was wirklich eine Forderung war, die Forderung nach den Betriebsräten.

Bezeichnend ist, daß das Mitteilungsblatt am Sonnabend, den 1. März, als Ueberschrift brachte: Der Weg zum Ziel — Verhandlungen. Verhandlungen, die man bei Ausbruch des Kampfes auf der Bergarbeiterkonferenz (Antrag Koenen-Merseburg) gegen wenige Stimmen abgelehnt hatte. Da konnte man die Verhandlungen ohne Opfer haben, da sehnte man sie ab in totaler Verkennung der Sachlage und weil man die politischen Forderungen zu sehr im Vordergrunde stehen hatte und wußte, daß diese Forderungen für die Regierung nicht diskutabel waren, während diese über die wirtschaftlichen Forderungen jederzeit zu Verhandlungen bereit gewesen wäre. Am 1. März glaubte man sich dann auf dem Wege zum Ziele, wenn man Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen erreichen kann. Ist das Konsequenz, ist das nur halbwegs logisches Denken?

Arbeiter, merkt ihr denn nicht, wir ihr mißbraucht werdet,

um wieviel leichter und unter Aufbringung von wieviel geringeren Opfern und Entbehrungen ihr die wirtschaftlichen Forderungen, die auch wir Mehrheitssozialisten unterstützen, hättet durchsetzen können, wenn nicht (Ver-)Führer mit großen Worten und hochtrabenden Phrasen euch um Phantome willen in den Kampf gehetzt haben, mit Zielen und Forderungen, deren Durchsetzung nicht in eurem Interesse liegt, die nicht zu eurem Wohle ausschlagen können. Nur als Feigenblatt nahmen sie die eine Forderung mit hinzu, die tatsächlich im Interesse der Arbeiterklasse liegt, die berechtigt ist und die die Drahtzieher dann, wenn ihr Phrasen-Kartenhaus zusammenstürzt, unter Verleugnung der Forderungen, um deretwillen der Kampf entbrennen mußte, als einzige Forderung übrigassen.

Wir wollen keinen schärferen Ausdruck gebrauchen, aber zu mindest ist das hier seingestellte Gebahren der Akteure des Generalstreiks gewissenlos. In seiner ganzen Furchtbarkeit haben wir zu spüren bekommen, was der Generalstreik bedeutet. Dank gebührt denen, die diesen Generalstreik um ihrer verkannten politischen Ziele willen und in dem Glauben, durch ihn der Mehrheit des deutschen Volkes den Willen der Minderheit aufzwingen zu können, veranstaltet haben.

Jetzt nun steht nur die eine, die tatsächlich greifbare, die wirtschaftliche Forderung da, der Talmi, die Dekoration ist verschwunden. Da liegt uns nun die bedeutsame Frage vor: **Was ist diese wirtschaftliche Forderung und wie stellen wir uns als Mehrheitssozialisten zu dieser Forderung?**

An der Spitze des Mitteilungsblattes am 28. Februar steht unter der Ueberschrift „Das Willensziel" folgendes.

Was wollen wir?

Wir wollen nicht mehr Ambos sein!
Wir wollen mitbestimmen an der Produktion!
Wir wollen Anteil haben am Ertrag unserer Arbeit!
Wir wollen durch Betriebsräte Einfluß im Betriebe haben!
Wir wollen die Gütererzeugung vergesellschaften.
Wir wollen die erste Stufe bauen zur Sozialisierung.

Das ist das Ziel des Kampfes

Die hier sinnbildlich dargestellten Forderungen können

wir ohne Bedenken unterstützen.

Unser Parteitag, der in Kürze stattfindet, wird sich eingehend mit der Frage der Arbeiter- und Betriebsräte befassen und klar unseren Standpunkt zu dieser Frage festlegen. Aber schon jetzt ist in dieser Frage genügend Klärung geschaffen.

Wir fordern Betriebsräte, um unsere wirtschaftlichen Ziele zu sichern,

jedoch als politische Faktoren dürfen sie keinerlei Einfluß mehr haben, nachdem Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamente nach dem freiesten, gleichesten Wahlrecht der Welt, das voll und ganz unserem sozialdemokratischen Programm entspricht, gewählt worden sind. Das Zweikammersystem, wie es von vielen Unabhängigen gedacht ist, so, daß neben der Nationalversammlung der Zentralrätekongreß als politische Gewalt bestehen soll, lehnen wir ab. Die Gründe haben wir von unserem sozialdemokratischen Standpunkt, von unserem Standpunkt als Vertreterin des gesamten schaffenden Volkes schon des öfteren und ausführlich an dieser Stelle auseinandergesetzt.

Wir wollen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben

und ganz selbstverständlich nicht nur in Lohnfragen oder bei Vereinbarungen über die Arbeitszeit, sondern auch in Lohnbildungs-, Kalkulations- und Preisbildungsfragen. Die Arbeiterschaft hat das Recht und ist befähigt dazu, bei der Produktion mitzubestimmen. Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft, die die politische Macht errungen hatte, wirtschaftlich hörig bleiben soll. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete muß die Arbeiterschaft als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden. Das ist eine Forderung, hinter der die gesamte Arbeiterklasse steht, dies mögen die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung sich zu Gemüte ziehen. Wer außerhalb des Betriebes ein freies Wort reden darf, will auch im Betriebe nicht mehr Knecht sein, will nicht in dem Sinne vom Unternehmer abhängig sein, daß dieser den Arbeiter, den Angestellten, wenn er ihm um persönlicher Gründe willen nicht mehr paßt, auf die Straße setzen kann.

Hierbei wäre noch ein anderes Kapitel anzuschneiden: die angebliche Arbeitsunlust der Arbeiter und ihre Streiklust. Darauf werden wir in Kürze einmal ausführlich zu sprechen kommen. Aber auch hierbei wollen wir gleich, was wir schon oft getan haben, betonen, daß das Gezeter von bürgerlicher oder Spießerseite über diese angebliche Arbeitersünde maßlos übertrieben ist, daß aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen und ihr energisches Drängen nach baldiger Sozialisierung durchaus berechtigt ist. Aber die Heißsporne mögen immer wieder bedenken, daß erst die nötige Sicherheit, die wissenschaftliche Grundlage für den Erfolg der Sozialisierung geschaffen werden muß, und weiter noch eines: mit was für Schwierigkeiten die Regierungen vom 9. November bis zum heutigen Tage zu kämpfen hatten.

Doch das nur als Einschaltung. Die Situation hat sich insofern geklärt, daß all das Phrasengewäsch der „Führer" und „Akteure", ihr unklares und unkluges Wollen hinweggeschwemmt ist und daß als Einziges von dem umfangreichen Wunschzettel nur die eine, die wirklich reale und durchführbare Forderung: **Betriebsräte auf demokratischer Grundlage als mitbestimmender Faktor im Wirtschaftsleben,** übriggeblieben ist.

Hinter dieser Forderung steht die gesamte Arbeiterschaft und in dieser Frage können und werden wir Mehrheitssozialisten Schulter an Schulter mit den Unabhängigen kämpfen. Ueber einzelne nebensächliche, unwesentliche Punkte mögen noch unbedeutende Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Verständigung darüber wird aber nicht besonders schwierig sein.

Aber zum Schlusse sei doch nochmal hervorgehoben, daß das jetzige alleinige Ziel, die wirtschaftliche Forderung, auf anderem Wege, der weniger Opfer forderte und doch erfolgreicher gewesen wäre, erreicht werden konnte.

Der politische Popanz mußte weggeblieben,

die gesamte Arbeiterschaft, alle Richtungen der Sozialdemokratie, die Gewerkschaften mußten für diese eine Forderung gewonnen werden, was ohne Schwierigkeiten gelungen wäre, und dann die Forderung an die Regierung gestellt, dem berechtigten Wunsche der Arbeiter, der dann u.

Ein hundsgemeiner Streich des Druckfehlerteufels.

In einem Teil unserer gestrigen Auflage hat in dem Artikel „Ruhe" und „Ordnung" der Druckfehlerteufel sein Unwesen getrieben, und zwar in einer so groben Weise, daß er den Sinn eines Satzes vollkommen auf den Kopf gestellt hat.

Es steht dort zu lesen:

Inzwischen hatten wir Verbindung mit Rooks bekommen, gaben einige Aufklärungen über die Lage in Halle und forderten so entschieden, vor Donnerstag, keine Regierungstruppen hierherzusenden.

In Wirklichkeit soll der vom Setzer verwürgte Satz heißen:

. . . und forderten entschieden,

es war Donnerstag,

keine Regierungstruppen hierherzusenden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190305-11/fragment/page=0001

gezwungen, ohne Terror, in seiner, alle Teile überzeugend umfassenden Großartigkeit zum Ausdruck gekommen wäre, hätte Rechnung tragen müssen. Das zweischneidige Schwert des Generalstreiks, dessen Wirkungen die Arbeiter am härtesten verspürt haben, konnte dann als letzte Waffe erst im nötigen Augenblick angewandt werden. Jedoch an den gegebenen Tatsachen ist nichts mehr zu ändern. Der Hunger in seiner ganzen Furchtbarkeit war der unausbleibliche Begleiter des Generalstreiks. Not und Sorgen, Leid und Schmerzen zerfraßen Leib und Hirn. Schwerstes konnte uns erspart bleiben, wenn die Drahtzieher nur noch einen Funken von Verantwortungsgefühl im Leibe hatten. Er fehlte ihnen.

Den „Dank" mögen die Arbeiter denen abstatten, die mit ihren berechtigten wirtschaftlichen Forderungen politische Geschäfte machen wollten. Die alte sozialdemokratische Partei vertrat seit je die Interessen der Arbeiterschaft, sie tut es jetzt und wird es in aller Zukunft tun, stets aber wird sie sich der **Verantwortung**, die um das Wohl und Wehe der Arbeiter willen auf ihren Schultern lastet, bewußt sein und

wird handeln,

wie es die tatsächlichen und wirklichen Interessen der Arbeiterklasse, des Sozialismus erheischen

Das Mitteilungsblatt.

Ein besonderes Kapitel des Streiks war das Mitteilungsblatt. Es würde uns unendliche führen, alle die Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen dieses „objektiven" Blättchens zu berichtigen. Es sollte den Interessen der Streikenden dienen, ob es aber diesen Zweck tatsächlich erfüllt, wenn es Unwahrheiten verbreitet, nur um die Lage der Streikenden in einem möglichst rosigen Lichte erscheinen zu lassen, möchten wir bezweifeln.

Wie man in dieser Hinsicht gearbeitet hat, einen Rosennebel vor den Augen der Arbeiter aufsteigen zu lassen, soll nur an einem Beispiel illustriert werden. In Nummer 2 des Mitteilungsblattes steht folgende Meldung zu lesen:

Magdeburg, 27. Februar. Ein Teil der Betriebe steht bereits seit gestern. Das Militär hat sich für neutral erklärt. Es wird bei dem politischen Streik nicht einschreiten. Heute nachmittag 2 Uhr finden Besprechungen aller drei Parteirichtungen mit den Gewerkschaftsvertretern statt. Beide sozialistischen Parteien, U. S. P. D. und Regierungssozialisten, haben sich mit dem Kartell zusammengeschlossen. Heute nachmittag wird die Entscheidung über den Generalstreik fallen.

Also nach dieser Meldung alles einig für den Streik. **In Wirklichkeit sah die Sache aber gerade entgegengesetzt aus.** Arbeitslose forderten auf den breiten Weg in Flugblättern zum Generalstreik auf. Das Gewerkschaftskartell Magdeburg, der Sozialdemokratische Verein Magdeburg und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Magdeburg nahmen Stellung hierzu und haben folgende Erklärung veröffentlicht:

Die unterzeichneten Organisationen erklären mit besonderer Zustimmung der Vertreter der Gewerkschaften der Metallarbeiter, Eisenbahner, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Lederarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bäcker und Buchdrucker, **daß eine solche wilde Streikbewegung den größten Schaden für unserere Volkswirtschaft, für die gesamte Arbeiterschaft und ihre Organisationen herbeizuführen geeignet ist.**

Es kommt hinzu, daß die unterzeichneten Organisationen keinerlei Gelegenheit gehabt haben, zu den Gründen für den Generalstreik Stellung zu nehmen und an der Beschlußfassung über ihn mitzuwirken.

Die unterzeichneten Organisationen **lehnen deshalb jede Verantwortung ab und fordern die Arbeiterschaft auf, sich unter keinen Umständen an diesem Generalstreik zu beteiligen.**

Wir glauben, diese eine Feststellung genügt, um zu beweisen, wie die durch das Mitteilungsblatt gepflogene Berichterstattung der Täuschung der Arbeiter dienen sollte. Bezeichnend ist auch, wie die Magdeburger **Unabhängigen** über wilde Streiks denken und wie deren Stellungnahme im **kritischen Gegensatz steht zu der der Halleschen Unabhängigen.**

Die Zensur.

Jahrzehntelang hat die Sozialdemokratie für die unbedingte Preßfreiheit, hat sie gegen die kniffflichen und schnüffligen Zensoren des alten Polizeistaates angekämpft, jetzt wird dem Volke von denselben Leuten, die sich auch Sozialdemokrate nennen und vermeintlich für sozialdemokratische Ziele kämpfen wollen ohne irgendwelche Bedenken als etwas ganz Selbstverständliches die Freiheit der Meinungäußerung, das Recht auf Erscheinen der Zeitung genommen und an dem letzten Tage, wo man noch einmal gnädigich gestattet, daß die Zeitung zu ihren Lesern sprechen darf, da wird ihr der **Zensor** ins Haus geschickt, der die Spalten auf Anrüchiges durchschnüffelt und dessen Stift zum Opfer fällt, was seinem Auge und seiner politischen Anschauung nicht genehm ist. „Was uns nicht paßt, darf nicht gesagt werden und wenn es schon zehn Mal die **Wahrheit** ist". Ganz wie unter dem alten Obrigkeitsstaat, ganz wie unter dem alten Polizeiknüttel. „Wir haben die Macht, wir nutzen sie zu unseren Gunsten aus und fragen uns nicht danach, was recht und was unrecht ist".

„Wir brauchen uns persönlich nicht wehe tun, wir tut es leid. Sie zu belästigen. Ich bin beauftragt und erfülle nur meine Pflicht", so sprach Herr Osterburg als er sich als Zensor vorstellte und sein verantwortungsvolles Amt antreten wollte. Dieselben Worte, derselbe Tonfall mit denen uns einst die Inquisitoren des alten Regimes ins Haus gesetzt wurden. Wir haben uns der Macht fügen müssen unter Protest, und protestieren auch, trotzdem wir zweifeln, daß es Erfolg haben wird, an das Ehrgefühl derer, die einst Schulter an Schulter mit uns um die gleichen Ziele gekämpft und die jetzt glauben, nicht anders dem Sozialismus dienen zu können, indem sie Kampfmittel des alten vermoderten Regimes aufgreifen und gebrauchen. Leid tut es uns um unsere Kampfgenossen von einst, um die Vorkämpfer der Freiheit, die im Irrwahn die eigene Ueberzeugung mit Füßen treten. Mitleid haben wir mit denen, die so wenig Zutrauen zu der Siegbaftigkeit ihrer Ideen haben, daß sie jede gegenteilige Meinung fürchten und gewaltsam unterdrücken und auch das Gefühl der Betrachtung können wir nicht bannen, wenn wir an solchen Beispielen immer wieder erleben müssen, wie echt sozialdemokratische Forderungen mit Brutalität bekämpft werden und wie dann dieselben Leute mit der gleichen frechen Stirn behaupten, nur sie wären Sozialdemokraten. Pfui Deubel über die Heuchler, mögen sie ehrlich sagen, was sie sind, **Spartakisten, Kommunisten oder Bolschewisten.**

Gesindel.

In einer gemeinen und raffinierten Weise haben am Sonnabend und Sonntag nacht Plünderer ihr Unwesen getrieben. In der Sonnabendnacht war besonders die Große Ulrichstraße das Tätigkeitsfeld der Verbrecher. Rücksichtslos und mit großem Lärm, ohne irgendeine Spur von Scheu wurde zu Werke gegangen, so, als könnte es gar nicht anders sein. Aber auch wohl organisiert wurde gearbeitet. Während in der Sonnabendnacht das eigentliche Gesindel, der Mob, die Plünderungen vornahm und die Zahl der Verbrecher nur eine geringe war, beteiligte sich an den Räubereien der Sonntagnacht eine vielhundertköpfige Menge und viele darunter denen man solches Tun nicht zugetraut hätte. Männer und Frauen von anständigem Aussehen, auch Angehörige der bürgerlichen Kreise, drückten sich in den Seitengassen der Hauptplünderungsgebiete herum und schleppten geraubtes Gut heimwärts. Alles rechtliche Empfinden schien dahin zu sein, man glaubte, wo viele nehmen, dürfe man nicht ab eits stehen, dürfe man nicht leer ausgehen und auch willkommene Beute heimschleppen. Ein trauriges Bild boten die zerstörten und ausgeraubten Läden, ein noch trauriges Bild aber war es, die räubernden Teile der Bevölkerung ihre Beute fortschleppen zu sehen — und am Dienstag, nachdem man den Verbrechern ihre Beute wieder abtrieb, sie mit Wagen, Säcken und Packen das geraubte Gut nach der Sammelstelle schaffen sehen.

Armes deutsches Volk! Wie tief bist du gesunken, wie tief sind die verheerenden Wirkungen der letzten schweren Jahre auf deinen Gemütszustand. Man möchte angesichts solcher Taten am Volke, an der Menschheit verzweifeln.

Bei den Plünderungen wurde ganz planmäßig verfahren. Es wurde in die Luft geschossen, dann schrie man „Straße frei, aus dem Hause schießt man' und mit allem möglichen Handwerkszeug und Handgranaten wurde der betreffende Laden „gestürmt". War Bresche gelegt, dann strömte der untätige Teil herbei und verließ den Laden erst wieder, als kein Stück mehr darin war. Besonders übel wurde das Nußbaumsche Geschäft in der Großen Ulrichstraße zugerichtet, dort tat ein Brand noch sein übriges und nur dem über alles Lob erhabenen schnellen und umsichtigen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu danken, daß das ganze Viertel vor schwerem Brandunglück bewahrt blieb.

Am Montag schlug dann die Stimmung um, das Straßenbild war ein zu gräßliches, die Vernunft gewann wieder Oberhand, die Bestie hatte ausgerast, sie war gesättigt. Nun wird die Beute wieder beigetrieben, aber das Schandmal wird ein unauslöschliches bleiben.

Regierungstruppen und Polizei sind eifrig am Werke, Haussuchungen vorzunehmen und Personen, die fremdes Gut bei sich behegen, zu verhaften. Gestern konnte man vielfach beobachten, wie Personen, das geraubte Gut in Säcken oder Packen tragend, durch Polizeibeamte, die mit schußfertigem Gewehr daneben gingen, abgeführt wurden. Aus dem Grundstück Ritterstraße 17 wurde fast eine **Wagenladung**, bestehend aus Stoffballen, Wäsche, Anzügen, Uhren, Uhrketten usw. herausgeholt. In der Liebenauer Straße, Hochstraße, Gerberstraße, Kuttelhof, Kleine Mönchstraße, Schlamm wurde viel vorgefunden. Auf dem Harz waren mehrere Haussuchungen erfolgreich. An einer Stelle wurden besonders große Mengen Fleisch-Konserven, Weine, Zigarren, Zigaretten usw. beschlagnahmt. In der Georgstraße wurde ein Mann verhaftet, dieser mußte mit einem Handwagen das geraubte Gut fortransportieren. Die Feigheit der Helden erhellt daraus, daß ein jeder, der abgefaßt wurde, sofort umgefragt eine Reihe von Mitschuldigen namhaft machte. In welch roher Weise gehaust wurde, dafür ein Beispiel: In dem Hause von Pottel u. Broskowski war das Gesindel bis in die Dachkammer gestiegen und nahmen den jammernden Dienstboten die Wäschestücke fort. Auf die Bitte eines Mädchens, ihr doch ihre Leibwäsche nicht wegzunehmen, wurde ihr die liebenswürdige Antwort zuteil: „Was brauchst du Hemden!"

Der Polizeibericht

sagt: Bei einer Durchsuchung der Straße Schlamm nach geplündertem Gute wurden 24 Männer und 5 Frauen festgenommen. Unter diesen Personen befanden sich auch aus dem Strafgefängnis befreite Gefangene. Später wurden in der genannten Straße weitere 14 Männer und 7 Frauen festgenommen.

Insgesamt wurden 106 Personen festgenommen, davon 92 wegen Plünderung und 14 wegen Vergehens gegen die vom Militärbefehlshaber erlassenen Anordnungen. Die in zahlreicher Grundstücken vorgenommenen Durchsuchungen förderten eine Unmenge geplünderter Sachen zutage. Diese sind sichergestellt.

Auf der Post

können Fernsprechverkehr und Telegrammverkehr noch nicht wieder in normalen Formen aufgenommen werden. Die Beamten haben sich zwar wieder sämtlich zur Verfügung gestellt, aber die Büros sind zum Teil nicht frei und die Anlagen noch nicht betriebsfähig. Soweit es irgend geht, werden Telegramme in der Hauptpost an einzelnen Schaltern angenommen. Die Postsendungen von auswärts will man im Laufe des heutigen Nachmittags austragen lassen, soweit das irgend in den Kräften der Beamten steht. Andere Sendungen werden noch sortiert und gelangen dann später zur Bestellung. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß **heute nachmittag die erste Postbestellung** wieder erfolgt. Gestern ist auch aus der Richtung Berlin Post eingetroffen.

Der Bahnverkehr wird heute auf einigen Linien wieder aufgenommen. Der Eisenbahnpräsident fordert in einer Bekanntmachung die arbeitswilligen Eisenbahner zur Aufnahme der Arbeit auf.

Die Arbeit im städtischen Elektrizitätswerk wieder aufgenommen.

Im städtischen Elektrizitätswerk haben heute vormittag ein halb zwölf Uhr die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Es steht zu erwarten, daß das Werk heute noch voll in Betrieb kommt.

General Maercker gab den Pressevertretern heute vormittag ein anschauliches Bild über die Lage. Wegen Raummangel und technischer Schwierigkeiten können wir diesen Bericht erst morgen bringen.

Die Geschichte zweier Städte.

(19) Roman von Charles Dickens.

„Mehr sind sie nicht wert," wiederholte Mr. Cruncher. „Dann und sie nicht viel wert. Aber mag dem sein wie ihm wolle, ich sage dir, ich lasse nicht gegen mich beten. Meine Mittel erlauben mir das nicht. Ich will mich nicht durch dein Winseln unglücklich machen lassen: wenn du auf den Knien herumrutschen willst, so tue es für deinen Mann und dein Kind und nicht gegen sie. Es hätte ich nur nicht eine unnatürliche Frau und dieser Junge nur nicht eine unnatürliche Mutter. Ich hatte ich vorige Woche was wert, obgleich daß mir dein frommer Firlefanz nur Unglück gebracht hat. Verdammt will ich sein!" sagte Mr. Cruncher, der sich während dieser ganzen Zeit angezogen hatte, „ob mich nicht teils das Beten, teils das oder jenes verwünschte Ding für die ganze vorige Woche in das kraße Pech gebracht hat, das jemals ein armer Teufel von einem ehrlichen Gewerbsmann gehabt hat. Jerry, zieh' doch an, Junge, und während ich mir die Stiefel putze, hab' ein Auge auf die Mutter und ruf mich, wenn sie wieder Lust zeigt, auf den Knien herumzurutschen. Denn ich sage dir," sprach er weiter zu der Frau gewendet „ich lasse mir's in dieser Weise nicht gefallen. Ich bin so zusammengerüttelt wie ein Flaferwagen, ich bin so schläfrig wie Landanum, und meine Gliedmaßen sind so überarbeitet, daß ich ohne die Schmerzen darin gar nicht wüßte, welche mir und welche einem andern gehörten, und doch habe ich deshalb keinen Deinig mehr in der Tasche, und ich will wetten, du hast vom frühesten Morgen an bis zum spätesten Abend alles getan, um zu verhindern, daß etwas in meine Tasche kommt, und ich lasse es mir nicht gefallen, du Höllenbrauen! Und was sagst du jetzt?"

Weiter pustete sich nun sein Zorn mit halblautem Verwünschungen Luft. „Ja, so jawohl! Und fromm bist du auch. Du willst dich dem Wohlergehen deines Mannes und Kindes widersetzen, du? Wirklich?" Und mit ähnlichen sarkastischen Aeußerungen wendete sich Mr Cruncher wieder dem Stiefelputzen zu und den allgemeinen Vorbereitungen für das Tagesgeschäft. Unterdes hatte sein Sohn, dessen Haupt mit etwas kleineren eisernen Spitzen besetzt war und dessen junge Augen dicht beieinander standen, wie die seines Vaters, seine Mutter, wie befohlen, wachsam im Auge behalten. Er erschreckte diese arme Frau von Zeit zu Zeit höchlichst dadurch, daß er aus einer Schlafkammer, wo er seine Toilette machte, mit einem unterdrückten Ausruf: „Du willst schon wieder rumrutschen, Mutter — hda, Vater!" herausgeschossen kam und, nachdem er diesen falschen Lärm gemacht, mit einem unkindlichen Grinsen wieder hinausschob.

Mr. Cruncers Laune hatte sich nicht im mindesten verbessert, als er zum Frühstück kam. Er rügte mit besonderer Bitterkeit, daß Mrs. Cruncher im Lesen ein Tischgebet sprach.

„Was, du Hölenbrauen! Was machst du da? Fängst du schon wieder an?"

Seine Frau entschuldigte sich, daß sie nur ein Tischgebet gesprochen hätte.

„Das lässest du bleiben!" sagte Mr Cruncher und sah um sich, als ob er eher erwartete, das Brot infolge des Gebets seiner Frau verschwinden zu sehen. „Ich lasse mir's nicht gefallen, aus Haus und Hof gebetet zu werden, ich lasse mir das bißchen Brot nicht vom Tische wegbeten. Daß du mir's bleiben lässest!"

Ausnehmend rot und grimmig sah die Augen, als ob er die ganze Nacht in einer Gesellschaft gewesen wäre, die durchaus kein gemütliches Ende genommen hätte, zerzauselte Jerry Cruncher sein Frühstück mehr, als daß er es aß, und knurrte dabei wie der vierfüßige Inwohner einer Menagerie. Gegen neun Uhr legte sich sein barsches Wesen etwas, und mit einem so respektablen und geschäftsmäßigen Aeußern, als er über sein wahres Ich decken konnte, ging er seiner Tagesbeschäftigung nach.

Es konnte kaum ein Gewerbe genannt werden, trotzdem er sich so gern „einen ehrlichen Gewerbsmann" nannte. Sein Geschäftskapital bestand in einem hölzernen Sessel, verfertigt aus einem Stuhle, von dem man die verbrauchten Lehne abgesägt hatte. Und diesen Sessel trug der junge Jerry, wenn seines Vaters Herkunftsort, jeden Morgen bis unter das Regierungsdach, wo er ihn gewöhnlich dem Tempeltore hinstellte. Mit Hinzufügung der ersten Hand voll Stroh, das von einem vorübergehenden Wagen geraubt werden konnte, um die Füße des Ausläufers vor Kälte und Nässe zu bewahren, bildete es hier den Lagerplatz für den Tag. Auf diesem seinem Posten war Mr. Cruncher in Fleet-Street und im Tempel ebenso bekannt, wie das Tor selbst und fast ebenso häßlich von Aussehen.

Ein Viertel vor neun Uhr auf seinem Posten eingetroffen, noch zu rechter Zeit, um vor den ältesten Männern, wie sie zu Tellsons hineingingen, grüßend an den dreieckigen Hut zu fassen, saß Jerry an diesem windigen Märzmorgen auf seinem Sessel, und der junge Jerry stand neben ihm, wenn er es nicht vorzog, Streifzüge durch das Tor zu machen, um vorübergehenden Jungen, die klein genug zu diesem liebenswürdigen Zweck waren, körperliches und geistiges Leid schmerzlichster Art zuzufügen. Vater und Sohn, die sich einander außerordentlich ähnlich sahen, hatten, wie sie schweigend dem Verkehr in Fleet-Street zusahen und dabei ihre beiden Köpfe so nahe aneinander brachten, wie die Augen bei beiden waren, eine merkwürdige Aehnlichkeit mit einem Paar boshafter Affen. Die Aehnlichkeit wurde durch den zufälligen Umstand nicht vermindert, daß der ältere Jerry Stroh zerbiß und ausspuckte, während die beweglichen Augen des jungen Jerry ihn so ruhelos beobachteten, wie alles andere in Fleet-Street.

Einer der angestellten Ausläufer in Tellsons Kontor strollte jetzt auf einmal den Kopf durch die Tür und rief:

„Heda, Jerry!"

„Hurra, Vater! Das fängt heute morgen frühzeitig mit der Arbeit an!"

Nach dem sein Vater in das Kontor hineingetreten war, setzte sich der junge Jerry auf den Stuhl, trat die Erbschaft des Strohs an, das sein Vater gerkaut hatte und dachte nach:

„Immer rostig! Seine Finger sind immer rostig!" brummte der junge Jerry vor sich hin. „Wo kriegt mein Vater all den Rost her? Hier kriegt er doch keinen Rost an die Finger?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190305-11/fragment/page=0002

Tagesgeschichte.

Ein deutsch-österreichisches sozialdemokratisches Aktionsprogramm.

Die P. P. N. erfahren aus Wien: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beschloß ein Aktionsprogramm. Als erste Aufgabe der Konstituante wird die endgültige Sicherung der Republik erklärt. Das Haus Habsburg müsse für alle Zeiten abgesetzt werden und von Kaiser Karl gemäß seiner November-Zusage die Anerkennung dieses Rechtszustandes erwirkt werden. Jedes Unternehmen zur Wiederherstellung der Monarchie sei unter Strafe zu stellen, alle von der Monarchie herrührenden Titel und Symbole müßten verboten, die Fron- und Familiengüter des Hauses Habsburg als Volksgut behandelt werden. Die Verfassung müsse auf folgenden Grundsätzen beruhen:

Einkammersystem, **kein Staatsoberhaupt**, weder Staatspräsident noch Staatsrat. Die Regierung wird unmittelbar von der Nationalversammlung ohne Beschränkung auf ihre Mitglieder gewählt. Die Gesetze bedürfen der Bestätigung durch Volksabstimmung. Das Volk kann durch unmittelbare Abstimmung Gesetzvorschläge an die Nationalversammlung machen. Die Verhandlungen mit dem **Deutschen Reiche** über den **Anschluß Deutsch-Oesterreichs sind sofort zu beginnen.** Der Anschluß ist sobald als möglich zu vollziehen. Zu den anderen nationalen Staaten auf dem Boden der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie sind, unter voller Wahrung des Selbstbestimmungsrechts aller deutschen Siedlungsgebiete, friedliche Beziehungen anzustreben. Gewaltsame Austragung von Grenzkonflikten, Repressalien gegen unschuldige Personen und jede Vergewaltigung nationaler Minderheiten sind zu vermeiden. Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, sowie der Heimtransport sind unter möglichst weitgehender Mitwirkung der Angehörigen der Gefangenen zu organisieren.

Es ist unverzüglich eine aus Fachmännern bestehende **Sozialisierungskommission** einzusetzen. Diese hat das Einvernehmen mit der reichsdeutschen Sozialisierungskommission herzustellen und binnen drei Monate ihre Vorschläge auszuarbeiten, insbesondere betreffend die Vorbereitung der Vergesellschaftung einzelner Zweige der Großindustrie, des Großhandels, des Bank- und Versicherungswesens, der Organisierung und Demokratisierung öffentlich-rechtlicher Industrieverbände, der Beteiligung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen an der Verwaltung der Betriebe, der Agrarreformen, insbesondere der Enteignung des Großgrundbesitzes, der staatlichen Förderung und genossenschaftlichen Organisierung der bäuerlichen Wirtschaft, des Enteignungsrechtes der Länder, Bezirke und Gemeinden, der Steuerreformen und der Vermögensabgabe.

Die Sozialdemokratie kann an der Mehrheits- und Regierungsbildung nur dann teilnehmen, wenn Regierung und Mehrheit entschlossen sind, sofort mit aller Kraft an die Neugestaltung der ganzen Wirtschaftsverfassung gemäß den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Bauern heranzugehen.

Schließlich wird Vereinheitlichung der sozial-politischen Gesetzgebung im Deutschen Reiche und in Deutsch-Oesterreich gefordert. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, über seine Verhandlungen mit den anderen Parteien baldigst zu berichten. Bis dahin haben der Staatskanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre in ihren Stellungen zu verbleiben.

Alldeutscher Nachtrag.

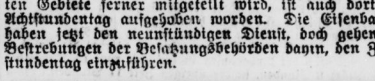
Die Deutsche Tageszeitung veröffentlichte auf die Nachricht von der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten hin einen „Nekrolog" auf Eisner, der an „aristokratischer und vornehmer Gesinnung" den überhaupt möglichen Gipfelpunkt erreichte. Inzwischen ist er aber doch ein Kirchenlicht aufgegangen, wozu die derbe Abschüttelung der darin offenbarten Gesinnungsroheit durch die anständige bürgerliche und die Parteipresse nicht wenig beigetragen hat. Sie fühlt sich in der Gesellschaft des aristokratischen Mörders nicht recht wohl und rückt energisch von ihm ab. Aber niemand kann aus seiner Haut heraus! Sie stellt also fest, daß der Graf Arco Valley Halbjude und daß ein Verwandter von ihm ein bekannter Pazifist ist, der auf dem linken Flügel der U. S. P. D. steht. Daraus zieht sie den Schluß, daß der Mörder nicht dem konservativen Adel an die Rockschöße gehängt werden darf. Die gerichtliche Aufklärung wird ja bald erweisen, ob der Mord auf konterrevolutionäre Triebfedern des stockkonservativen oder klerikalen bayerischen Adels zurückzuführen, oder ob er die Tat eines Bluthundes ist. Soviel kann schon jetzt gesagt werden, sowohl die maßlose Beschimpfung wie auch die Rückzugskannonade der Deutschen Tageszeitung sind Zeugnisse ein und desselben Geistes, über die man bei milderer Beurteilung nur mit einer verächtlichen Handbewegung hinweggeht.

Ausfuhr- und Einfuhr-Kontingente.

Von Interessenten ist beim Reichswirtschaftsamt von jeder Klage darüber geführt worden, daß sich die Erteilung von Ausfuhr- oder Einfuhrbewilligungen zu lange verzögert hätte. Jetzt ist Vorsorge getroffen, daß diese Wartefrist künftighin auf 2 bis 3 Tage abgekürzt wird. Das Reichswirtschaftsamt macht bei dieser Gelegenheit zur Sache selbst auf Folgendes aufmerksam: Die Bewilligung von Ein- oder Ausfuhren ist immer eine Frage, bei deren Entscheidung die Lage der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt werden muß. Es können keine Bewilligungen erteilt werden, die volkswirtschaftlich schädigend wirken könnten. Bei der Entscheidung über ein Bewilligungsgesuch müssen immer alle volkswirtschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten übersehen werden. Ueber Einzelfragen kann nicht entschieden werden ohne Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtlage.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

Die erste Tat der Belgier im besetzten Gebiete war die Unterdrückung der Niederrheinischen Volkstribüne, unser Krefelder Parteiblatt. Trotz aller Bemühungen unserer Genossen, das Blatt freizubekommen, blieb es sechs Wochen verboten. Drei Tage vor der Wahl zur preußischen Landesversammlung gelang es, die Aufhebung des Verbots zu erwirken. Während der Zeit des Verbotes halfen sich die Krefelder Genossen damit, daß sie die Druckplatten (Matern) vom Duisburger Parteiblatt bezogen, und ihr Blatt unter dem Titel des Duisburger Blattes erscheinen ließen. Das ging ein paar Tage gut, bis auch dieses Blatt eines Tages wegen eines Artikels, der den Belgiern nicht genehm war, unterdrückt wurde. Die bürgerliche Presse erscheint mit großen Zensurlücken. Wie uns aus dem erwähnten Gebiete ferner mitgeteilt wird, ist auch dort der Achtstundentag aufgehoben worden. Die Eisenbahner haben jetzt den neunstündigen Dienst, doch gehen die Bestrebungen der Besatzungsbehörden dahin, den Zehnstundentag einzuführen.



Parteigenossen in Stadt und Land!

Arbeitet.

Die Zeit ist günstig.

Werbt Mitglieder für die Partei.

Werbt Leser für die Volksstimme.

Sozialdemokratie und Kleinbauerntum.

Von Dr. Martin Roehl.

Das Verhältnis des Kleinbauerntums zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie war bis in die neueste Zeit ein ziemlich problematisches; weder von der einen noch von der andern Seite kam man über ein aus Unkenntnis erwachsenes Mißtrauen wesentlich hinaus. Selbst in jenen Gegenden, wo dem Großgrundbesitz und seiner politischen Interessenvertretung, dem Bunde der Landwirte, die Führung entglitten war, machte die bäuerliche Opposition beim nationalliberalen Bauernbund, in einigen Fällen auch wohl beim Freisinn, Halt; in der Sozialdemokratie sah man eine absolut gegnerische Partei, die nicht in Betracht kam, und es ist von sozialdemokratischer Seite leider gerade in den überwiegend bäuerlichen Bezirken wenig getan worden, um die Legenden und Vorurteile, die über sie verbreitet waren, zu zerstören.

Trotz alledem wurden bei den Januar- und Februarwahlen überraschend viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Woher erklärt sich dieser Umschwung, und was muß geschehen, um der Sache des Sozialismus diese Anhänger, die wirtschaftlich wie politisch eine überaus wertvolle Schicht darstellen, auch für später zu erhalten?

Die Rechtsparteien haben von jeher betont, der deutsche Bauer sei bis auf die Knochen monarchistisch. Das ist größtenteils Aberglaube. Es sind in der Hauptsache zwei Triebfedern, die den kleinen Bauern bei seinen politischen Handlungen bewegen: einerseits sein wirtschaftliches Interesse, für das er, trotz geringer politischer Schulung, einen außerordentlich feinen Instinkt besitzt, andererseits ein starker Gerechtigkeitssinn. Beides kam dem deutschen Bauernbund zugute, als er von den letzten Reichstagswahlen mit seiner Opposition gegen Junkertum und Großgrundbesitz beträchtliche bäuerliche Wählermassen zu sich herüberzog. Die konservativen Wählerstimmen stammten teils von Großbauern und ihren wirtschaftlichen Hörigen, teils von solchen, die den Bauernbund trotz seiner wiederholten Versicherungen in Zollfragen nicht für zuverlässig hielten.

Während des Krieges lernte das Kleinbauertum allmählich einsehen, daß trotz der hohen Lebensmittelpreise der Kriegszustand auf die Dauer auch seine Interessen empfindlich schädigen mußte. Der Krieg war hier, trotz des Geschreis der Alldeutschen von Anfang an als eine bittere, verhaßte Notwendigkeit empfunden worden. Die empörenden Ungerechtigkeiten seitens der Offiziere, die offenkundigen Bevorzugungen des Großbauerntums, das sich auf viele Arten bei Urlaub, Reklamation, Steuerveranlagungen, mannigfache Vorteile zu verschaffen wußte, ließen die Erbitterung immer mehr anschwellen. Die Väter und Söhne kamen im Heer mit anderen Berufen, anderen Ideenkreisen in Berührung, ihr Gerechtigkeitssinn wurde beständig durch Korruptionserscheinungen gekränkt, und so wurde der sozialistische Geist allmählich auch in diesen Kreisen heimisch. Man hatte jetzt gesehen, daß es außer der Sozialdemokratie keine Partei gab, die offen für die Rechte des gemeinen Mannes gegen die Auswüchse des Militarismus aufzutreten wagte, und man merkte sich das. Als vollends die Sozialdemokratie nach der Novemberrevolution bewies, daß es ihr mit der Sorge und Sicherheit, Ordnung und geregelten Fortgang der Produktion Ernst war, da fielen ihr die Stimmen vieler kleiner Landwirte zu, die bisher bei keiner Partei so recht heimisch geworden waren.

Für die Zukunft gibt es eigentlich bei sachgemäßer Aufklärung kaum eine Frage, die das Kleinbauerntum von der Sozialdemokratie fernhalten könnte, während die größeren Bauern, die sich fast durchweg mit dem eigentlichen Großgrundbesitz solidarisch fühlen, kaum jemals für den Sozialismus zu gewinnen sein werden. Das wichtigste Argument der Gegnerschaft, die Zwangsfrage, kommt für absehbare Zeit nicht in Betracht. Die Steuerpläne kommen dem Gerechtigkeitssinn des kleinen Mannes durchaus entgegen; es wird scharf darauf zu sehen sein, daß die vielen notorischen Steuerhinterziehungen der großen Besitzer vereitelt werden. Die Neuordnung des Gemeindewahlrechts, die Abänderung der alten Kreisordnung erfüllen langjährige Wünsche der Kleinbauern, die nun endlich ihren Einfluß in Kommune und Kreistag zur Geltung bringen können. Die innere Kolonisation könnte bei geeigneter Propaganda sehr wohl einen sachkundigen und leistungsfähigen Stamm für die Siedlungsgenossenschaften aus Söhnen kleiner Bauern gewinnen, die bisher darauf angewiesen waren, in die Stadt zu gehen oder beim Großgrundbesitzer zu dienen. Der Landhunger ist in den bäuerlichen Gegenden groß, aber die hohen Bodenpreise, die durch einen überflüssigen Zwischenhandel noch künstlich gesteigert wurden, gestatteten selten, ihn zu befriedigen. Sehr wichtig wird es natürlich auch sein, daß die Maßregeln, wie Achtstundentag, Trennung von Staat und Kirche und dergleichen, die den Interessenkreis des Bauern nahe berühren, vorsichtig und mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse verfahren wird, und daß Personen der unteren Bürokratie und Verwaltung des alten Regimes, die sich das gewohnte Bevormundungssystem nicht abgewöhnen können, möglichst bald durch geeignetere ersetzt werden. Und dann muß natürlich mit den alten Legenden über das Wesen des Sozialismus gründlich aufgeräumt werden, und dem kleinen Bauern muß klar gemacht werden, daß die Sozialdemokratie mit dem Klasseninteresse des Arbeiters in Wahrheit das **allgemeine** Wohl vertritt.

Wird so das Bauerntum gewahrt, daß der Sozialismus keine seiner Lebensinteressen gefährdet, daß er Sicherheit, ja Förderung der Produktion zur Folge hat, und überdies noch das Ideal sozialer Gerechtigkeit und Freiheit in weit höherem Maße zu erfüllen vermag, als es dem alten Obrigkeitsstaat möglich war, dann werden die Vorurteile, die ihm seit Jahrzehnten von den geschickt operierenden Agitatoren des Bundes der Landwirte eingehämmert worden sind, für immer verschwinden, und der deutsche Bauer wird aus einem Gegner der Sozialdemokratie zu ihrem treuesten Anhänger.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 5. März 1919.

* **Kriegsbeschädigte erhalten Vergünstigungen bei Benutzung der Straßenbahn, des Stadtbades und in der Lebensmittelversorgung durch die Kriegsbeschädigten-Fürsorge,** in deren **Geschäftsstelle, Neue Promenade 3,** die betr. Anträge zu stellen sind. **Voraussetzungen für die Vergünstigung bei der Straßenbahn ist schwere Behinderung im Gehen.** Die Schwerbeinbeschädigten oder sonst im Gehen schwer behinderten, auch Rentenkranke können soweit ihr Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt für ledige, 5000 Mark bei verheirateten, die Straßenbahn zu ermäßigtem Satze benutzen, gegen einen Ausweis, den sie von der Kriegsbeschädigten-Fürsorge erhalten. In gleicher Weise werden Kriegsbeschädigter Vergünstigungen bei der Benutzung des **Stadtbades** gewährt, die erforderlichen Ausweise werden ebenfalls von der Kriegsbeschädigten-Fürsorge ausgegeben. **Kriegsbeschädigte, welche auf Grund ärztlicher Atteste Lebensmittelzulagen** beanspruchen können, erhalten die Vordrucke für die ärztlichen Zeugnisse, die den Stempel der Kriegsbeschädigten-Fürsorge tragen müssen, in der Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigten-Fürsorge und haben diese Vordrucke vom Arzte ausgefüllt und unterschrieben in verschlossenem Umschlag an das Stadternährungsamt einzusenden.

* **Ein Versuch wider die guten Sitten?** Man schreibt uns: In Nr. 92 der Tägl. Rundschau ist die Wiedersetzung der Bürgermeisterstelle der Stadt Sangerhausen ausgeschrieben. In der betr. Bekanntmachung des Magistrats heißt es u. a.: „Dem Anzustellenden ist nicht gestattet, das Amt eines Abgeordneten zur deutschen oder preußischen Landesversammlung zu übernehmen." Hier unternimmt es also eine städtische Behörde, einem Beamten sein verfassungsmäßig gewährleistetes vornehmstes Staatsbürgerrecht zu nehmen. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Bestimmung gesetzlich völlig unzulässig ist, wohin soll es führen, wenn öffentliche Behörden ihren Beamten derartige Bedingungen aufzuerlegen versuchen? Gegen derartige Bestrebungen, die engherzigster Kirchturmspolitik entspringen muß nicht nur im Interesse der Beamten sondern auch vom Standpunkt der Allgemeinheit aus schärfster Widerspruch erhoben werden. Auch die in demselben Ausschreiben enthaltene Festsetzung der Gehaltsbestimmungen, die ausdrücklich den „Ausschluß jeder Teuerungszulage" vorsieht, unterliegt vom sozialen Standpunkt aus den schwersten Bedenken. Hoffentlich findet sich kein Bewerber, der bereit ist, sich derartigen, den ganzen Beamtenstand erniedrigenden Bedingungen zu unterwerfen.

* **Treibriemenbewirtschaftung.** Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß in der Bewirtschaftung von Treibriemen usw. einstweilen noch keine wesentlichen Aenderungen eingetreten sind, nur ist den Beratungsstellen in gewissem Umfange das Recht erteilt worden, Bezugscheine zunächst selbständig auszustellen. Die Bewirtschaftung des Gebietes fußt sich auf die Bundesrats-Verordnung und Reichskanzler-Bekanntmachung vom 17. Januar 1918, worin für die Herstellung wie für den Vertrieb von Treibriemen, Förderbändern, Elevatorgurten und sogenannter technischen Lederartikeln die Zustimmung seitens der Riemen-Freigabe-Stelle vorgeschrieben ist. Diese Vorschrift ist unabhängig davon, ob die Rohstoffe, aus denen die betreffenden Artikel hergestellt sind, beschlagnahmt sind oder nicht, unabhängig auch davon, ob die Artikel selbst der Beschlagnahme unterliegen oder nicht. Betreffs der Treibriemen aus Ersatzstoffen, sollen weitere Beschlüsse abhängig gemacht werden von einer auf den 11. März nach Berlin einberufenen Versammlung sämtlicher zugelassenen Hersteller derartiger Treibriemen.

Die Zahlung der Militär-, Miliers- und Invalidenrenten findet **Donnerstag,** den 6. März, bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) in der Zeit von 8½ vorm. bis 3 Uhr nachm. statt.

Beschlagnahme Lebensmittel. In der Mansfelder Straße wurde ein Fuhrwerk angehalten, auf dem sich 3 Ztr. Erbsen und 5 Ztr. Weizenmehl befanden.

* **Personen,** die gesehen haben, wie der Pöbel an der Neuwerkbrücke einen Mann in die Saale warf und ihn nachher in dem Wasser erschoß, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 53, zu melden.

Es sollen auch an anderen Stellen am Sonntag Personen in die Saale geworfen sein. Auch hierüber werden Zeugen gesucht.

Seit Sonntag nachmittag 5 Uhr wird ein Oberleutnant vermißt. Vermutlich ist auch er in die Saale geworfen worden. Er ist 45 Jahre alt, mittelgroß, mittelstark, kurzgeschnittene Haare, ohne Bart. Er trug grünlich einreihigen Paletot, grauen Hut, braunen Anzug, Hose war anders, und braune Wadenstrümpfe. Wer irgendwelche Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 53, zu melden.

Bauernverein für Kleinwohnungen. Die Hauptversammlung am 6. März d. J. wird verschoben.

Zur Aufklärung.

Man schreibt uns: In Nr. [illegible] der Volksstimme [illegible] Artikel unter der Ueberschrift „Ausschuß für Lebens-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190305-11/fragment/page=0003

übungen". Wenn man diesen Artikel ohne Argwohn verfolgt, so könnte man zu der Ueberzeugung gelangen, daß jetzt die größte Harmonie zwischen dieser Vereinigung und den Arbeiter-Sportvereinen bestände. Dem ist aber nicht so, denn die Revolution kann doch unmöglich auch die Geister der bürgerlichen Sportvereine in einer solchen kurzen Zeit über den Haufen geworfen haben. Wenn geschrieben wird, daß es sich der Ausschuß zur ersten Pflicht macht, die große Kluft zwischen den bestehenden bürgerlichen und Arbeiter-Sportvereinen zu überbrücken, so ist doch erst die Frage aufzuwerfen: „Wer hat denn die große Kluft geschaffen?" Doch nur die bürgerlichen Sportvereine mit ihren Führern selbst. Wodurch sind den Arbeiter-Turnvereinen das Schüler- und Zöglingsturnen verboten und warum wurden diese Vereine für politisch erklärt? Doch nur durch die geheimen Eingaben, welche die Leitungen der verschiedenen Sportverbände an die Behörden gerichtet hatten, und warum wurden die Arbeiter-Sportvereine von den bürgerlichen Sportverbänden vor dem Kriege befehdet und von den staatlichen Unterstützungen ausgeschlossen. Jetzt, wo ihnen keine Vorrechte mehr eingeräumt werden können, kommen sie zur Besinnung, daß sie mit den Arbeiter-Sportvereinen einen Weg gehen wollen. Jetzt soll auch mit einem Schlage die Politik, Religion sowie Standesunterschiede von dem Gebiet des Sports verschwinden. In den Arbeiter-Sportvereinen war dieses von jeher ausgeschalten. Wenn es jetzt verbannt werden soll, so müssen doch die bürgerlichen Sportvereine sich damit befaßt haben? Die großen gemeinschaftlichen Wettkämpfe können die Arbeiter-Turner nicht ernst nehmen, denn vor dem Kriege lehnten die Hallischen Deutschen Turner es ab, mit Arbeiter-Turnern einen friedlichen Wettstreit auszutragen. In weiterem soll durch die Vereinigung ein größerer Druck mit Hilfe der Arbeiter-Sportvereine auf die Behörde ausgeübt werden. Aber warum denn jetzt die Mitkilfe der Arbeiter-Sportvereine, befürchten denn die bürgerlichen Herren, daß jetzt die Rollen vertauscht würden. Wir Arbeiter-Turner sind bis jetzt von unsern Zielen auch während der Revolutionsstürme nicht ein Grad abgegangen. Wenn die bürgerlichen Sportvereine hingegen ihre früheren Ziele während der Revolution über Bord geworfen haben und nun erklären, daß sie nichts von Arbeiter-Sportvereinen trenne, so müssen die Arbeiter-Sportvereine doch etwas vorsichtiger sein und sich die schwankende Haltung dieser Vereinigungen vor Augen halten. Die Arbeiter-Sportvereine haben sich ihr Sportkartell für Leibesübungen vor dem Kriege schon gegründet und da gehören die Arbeiter-Sportvereine hinein und in diese Vereine die sporttreibende Arbeiterschaft.

Gräfenhainichen. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag wurden 4 Mehrheitssozialisten, 6 Unabhängige und 8 Bürgerliche gewählt.

Schweinitz a. Elster. Am 23. Februar fand hier die Gemeindewahl statt. Auf unsere Liste fielen 275, auf die vereinigte bürgerliche 251 Stimmen. Jede Partei erhält 6 Mandate, unserer Liste fehlten nur vier Stimmen, dann hätten wir 7 und die Bürgerlichen nur 5 Mandate erhalten. Man kann auch hieraus ersehen, wie sehr es auf jede einzelne Stimme ankommt. Vorher hatten wir kein Mandat. Hier wurde auch ein neuer Ortsverein gegründet, der bereits 38 Mitglieder zählt, darunter 10 Frauen.

Gröden (Kreis Liebenwerda). Neuer Parteiverein. In den Schradenbörfern geht es gut vorwärts mit unserer Sache! Am Sonntag, den 16. d. M. ist auch hier in Gröden ein Ortsverein unserer Partei gegründet worden. Inzwischen ist er bereits auf 30 Mitglieder gestiegen. Zum Vorsitzenden wurde der Genosse Faggerschmied Hans Karras gewählt. Die „Volksstimme", die erst im Februar hier zur Einführung gekommen ist, hat es auch bereits auf 30 Abonnenten gebracht! Wahrlich ein guter, für die Zukunft verheißender Anfang!

Hohenleipisch Unser hiesiger Parteiverein, der vor 2 Wochen von etlichen alten Parteigenossen mit 17 Mitgliedern ins Leben gerufen wurde, zählt deren heute bereits 30. Vorsitzender ist der Genosse Schneidermeister Oswald Töpfer, der bereits seit 22 Jahren der Partei angehört und durch sein jederzeit unerschrockenes Eintreten für die Interessen der Partei und der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben und in der Gemeindevertretung seit langem hier wohl bekannt ist.

Neues Recht für Hausangestellte.

Ein wesentlicher Fortschritt in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der Hausangestellten ist soeben für die Provinz Sachsen und Anhalt erzielt worden. Die Aufhebung der Gesindeordnungen durch den Rat der Volksbeauftragten hat überall plötzlich die Notwendigkeit und die Möglichkeit geschaffen, das bisherige mittelalterliche „Dienst"verhältnis durch eine klare, der Neuzeit entsprechende Rechtsgrundlage zu ersetzen.

Die Ortsgruppe Magdeburg des Zentralverbandes der Hausangestellten, die nach der Revolution einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, trat alsbald an die Vereine der Hausfrauen mit dem Verlangen heran, für Magdeburg einen Normalarbeitsvertrag zu vereinbaren. Bevor jedoch in diese Verhandlungen eingetreten werden konnte, lud die „Zasa" (Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt) sowohl den Vorstand dieser Ortsgruppe als auch Vertreterinnen der Frauenvereine zu Beratungen über eine neue Hausangestelltenordnung für die Provinz Sachsen und Anhalt ein. In einer Reihe von Sitzungen, in der unsere Vertreter oft lebhafte und harte Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Arbeitgebervereine hatten, wurden die Grundlagen der neuen Arbeitsordnung festgestellt.

Am 12. Februar fand eine abschließende Verhandlung statt, an der außer Magdeburger Vertreterinnen auch solche aus andern Orten der Provinz teilnahmen. Hier wurde die letzte Feilarbeit an dem Entwurf geleistet und die neue Ordnung dann endgültig festgestellt. Sie soll mit ihrer amtlichen Veröffentlichung Gesetzeskraft erhalten.

Die wesentlichen Bestimmungen der vereinbarten Ordnung sind folgende:

Innerhalb der beteiligten Stadt- und Landkreise werden Kreisarbeitsgemeinschaften gebildet, die paritätisch zusammengesetzt sind und selbst einen unparteiischen Vorsitzenden wählen. Die Gewerkschaft wird als berufene Vertreterin der Hausangestellten anerkannt. Ausdrücklich wird betont, daß nach dem Wegfall der Gesindeordnungen der Vertragsabschluß sich nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs regelt.

Bei Streitigkeiten über Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen Schlichtungsausschüsse entscheiden. Als solche gelten die Kreisarbeitsgemeinschaften. Ihre Entscheidung kann innerhalb 14 Tagen durch Berufung bei der zentralen Arbeitsgemeinschaft, die bei der Zasa errichtet ist angefochten werden. Vor endgültiger Entscheidung dürfen weder die Arbeitnehmer die Arbeit einstellen, noch die Arbeitgeber die Hausangestellten fristlos entlassen.

Die eigentlichen Arbeitsbedingungen werden durch die Kreis- oder Ortsarbeitsgemeinschaften festgesetzt. Doch sind einige allgemeine Richtlinien als hierfür maßgebend aufgestellt worden. Danach hat die Hausangestellte in jeder Woche einen Werktagmittag Anspruch auf 4 Stunden Freizeit, ebenso soll sie wenigstens jeden zweiten Sonn- und Feiertag Nachmittag und Abend zu ihrer freien Verfügung haben.

Die tägliche Höchstarbeitszeit soll in städtischen Haushaltungen 10 Stunden betragen und in der Regel abends 8 Uhr enden. In ländlichen Haushaltungen beträgt die Arbeitszeit ausschließlich der Ruhepausen in der Zeit vom 15. November bis 15 März 9 Stunden, in der übrigen Zeit 11 Stunden. Zum Einnehmen der Mahlzeiten sind bestimmte Pausen in der Gesamtdauer von 1½ bis 2 Stunden vorgeschrieben.

Besonderen Wert legten die Vertreter der Gewerkschaft darauf, daß den Hausangestellten ein verschließbares und möglichst heizbares Zimmer eingeräumt werde und daß ihnen auf jeden Fall ein warmer Aufenthaltsraum in der kalten Jahreszeit während der Freistunden zur Verfügung stehe.

Wichtig ist auch die Bestimmung, daß ein Gesamtverdienst bestimmt werden muß, der sich aus dem Geldlohn und den Naturalbezügen zusammensetzt. Wohnung, Kost, Reinigen der Gebrauchswäsche usw. sind danach einzeln zu bewerten und auf den Gesamtverdienst anzurechnen.

Arbeiten, die über die regelmäßige Zeit hinaus geleistet werden müssen, sind als Ueberstunden zu bewerten und mit einem Aufschlag von 50 v. H. des Gesamtverdienstes zu vergüten. Sind regelmäßige Ueberstunden notwendig (besonders auf dem Lande), so können darür wöchentliche Pauschalentschädigungen festgesetzt werden.

Endlich ist auch der Anspruch der Hausangestellten auf Gewährung von Ferien anerkannt. Nach mindestens einjähriger Beschäftigung hat die Hausangestellte ein Recht auf einen Erholungsurlaub von einer Woche unter Weiterzahlung des Gesamtverdienstes.

Gleichzeitig mit dieser Hausangestellten-Ordnung und auf Grund ihrer Bestimmungen ist ein Normalvertrag vereinbart worden, der als Grundlage für die örtlichen Verträge dienen soll.

Gegenüber den regellosen und rechtlosen Verhältnissen bedeutet die neue Hausangestellten-Ordnung zweifellos einen sehr wesentlichen Fortschritt, trotzdem auch sie selbstverständlich noch lange nicht alle Wünsche befriedigen kann. Manche Forderungen haben noch nicht durchgesetzt werden können; sie mußten zurückgestellt werden in der Ueberzeugung, daß die Entwicklung ja nicht stillsteht und daß spätere Zeiten auch weitere Fortschritte für die Hausangestellten bringen werden.

Inzwischen gilt es, den Kern der Arbeitsgemeinschaft, nämlich die Organisation der Hausangestellten zu stärken und nach jeder Richtung auszubauen. Wie früher die Unternehmer sich gelbe Vereine schufen, um die Forderungen der Gewerkschaften abzuwehren, so sind jetzt die Hausfrauen dabei, „christliche" Hausangestellten-Vereine ins Leben zu rufen. Gegenüber diesen Bemühungen ist es notwendig, mit erhöhtem Eifer für den Zentralverband der Hausangestellten zu wirken. Besonders die Gewerkschaftskartelle in den Orten, wo bisher Ortsgruppen des Verbandes nicht bestanden, sollten es sich angelegen sein lassen, solche alsbald ins Leben zu rufen. Das ist schon deshalb notwendig, weil die Gründung von Ortsarbeitsgemeinschaften zur Ueberwachung der neuen Bestimmungen das Vorhandensein der Gewerkschaft voraussetzt. Auskünfte werden von der Ortsgruppe Magdeburg (Gertrud Klühs, Magdeburg, Lüßowstraße 8, I) gern erteilt.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer berief die 13. ordentliche Generalversammlung auf den 8. Juni und die folgenden Tage nach Düsseldorf ein. Der Verband hat unter den Kriegswirkungen schwer zu leiden gehabt, sich jedoch finanziell gefestigt. Seit dem Jahre 1917 ist ein Aufstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen, der sich Ende 1918 und Anfang 1919 erheblich steigerte, so daß die Zahl 40 300 überschritten ist. Die Auflage des Verbandsorgans „Deutscher Maschinist und Heizer" beträgt gegenwärtig über 45 000.

Vermischtes.

— **Finanzielle Ansprüche eines ehemaligen Großherzogs.** Man schreibt uns aus Oldenburg: Der in den Revolutionstagen entthronte Großherzog Friedrich August von Oldenburg hat jetzt der oldenburgischen Volksvertretung gegenüber finanzielle Ansprüche gestellt. Der durch den Geheimen Kabinettsrat des Fürsten vorgelegte Antrag fordert eine jährliche Rente von 150 000 Mark für die großherzogliche Familie, zahlbar für die Dauer von fünfzig Jahren. In dem Antrage wird die Vermögenslage des Großherzogs eine „erbärmliche" genannt. Dabei besitzt der Herr ein Vermögen von mehreren Millionen. Die Angelegenheit wird den neuen Landtag beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion ist entschlossen, die gänzlich unberechtigten Ansprüche abzulehnen.

Literatur.

Lebenswerte!

Unter diesem Titel erschien kürzlich eine kleine Schrift (Verlag Niemeyer, Halle, Preis 80 Pfg.), die wir unsern Lesern gern empfehlen. Der Verfasser Paul Menzer ist, was in diesen Tagen besonders ins Gewicht fällt die Seele der ins Leben gerufenen Volkshochschulkurse. Er gehört nicht zu denen, die ihr volksfreundliches Herz erst in den Tagen der Revolution entdeckt hat, sondern hat schon lange vor dem Kriege auf die Tatsache hingewiesen, daß man einen großen Teil des Volkes, der sich in seinen Bestrebungen auf ein wissenschaftliches Programm stütze (Sozialismus) nicht von den Quellen der Wissenschaft fernhalten dürfe. Seine Mahnungen verhallten ungehört. Die alte Regierung wies ihn um lumpiger 12 000 Mk. willen, die er zur Verwirklichung seiner Pläne forderte, ab. Auch in Kreisen des Militarismus blieb sein Wort die Stimme eines Predigers in der Wüste. Und doch hat kein anderer besser als er erkannt, daß die Sicherungen die den Bürger mit seinem Staatsganzen verbanden, ungenügend seien. Er hat für die Vergangenheit recht behalten und wird auch für die Zukunft ernst zu nehmen sein. Das besteht sich nicht allein auf sein Urteil über den Kaiser, sondern das hat auch Geltung in Hinsicht auf unsere Geschichte. „Wer einem Volke seine Geschichte nimmt, nimmt ihm einen Teil seiner Seele." „Aus dem Feuer der Vernichtung, was uns drohte, muß ein Feuer der Läuterung werden." An die Stelle von Dogmen- und Autoritätsglauben müssen Erkenntnis und Einsicht gesetzt werden. Ob sich dieser Dogmenglaube auf einen Fürsten und seine „veralteten Vorstellungen überkommener Größe" (Kaiser Wilhelm) bezieht, oder ob er die „Verrauntheit" eines Führers angeht, ist gleichgültig. Sozialismus ist Wissenschaft und nicht Glauben, und Wissenschaft gibt uns Klarheit über das, was wir von dem Angebetenen verbrennen und über das, was wir von dem Geschmähten künftig auch wahren müssen. Ein allgemeines Umlernen — Umlernen und Zulernen muß beginnen.

Und dazu ward ihm der Verstand!

B. Schäfer

Letzte Nachrichten.

Die dänischen Ansprüche auf Schleswig.

Paris, 4. März. Laut „Temps" sollen die dänischen Ansprüche auf Schleswig folgendermaßen behandelt werden: Das Herzogtum Schleswig soll in vier Gebietsstreifen geteilt werden. Im ersten, Nordschleswig umfassenden Streifen soll die Bevölkerung sich binnen kurzer Zeit durch Gesamtabstimmung über den Anschluß an Dänemark aussprechen. Im nächsten Streifen (Mittelschleswig mit Flensburg) soll nach sechs Monaten gemeindeweise abgestimmt werden. Den dritten Streifen werden die Alliierten militärisch besetzen. Der vierte wird bis zum Kieler Kanal reichen und deutsch bleiben.

Eingesandt.

Man liest in den Zeitungen täglich über die Not von Kleinwohnungen. In der Talstraße stehen die früher Demmerschen Grundstücke Nr. 32 und 33 nun schon über ein Jahr leer, es könnten darin verschiedene Familien untergebracht werden. Warum das?

V.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: von Scharfe 1.50 M.; Buchdrucker K. 9 M.

Zum Wahlfonds gingen ein: Von R. H. 2 Mark.

Lebensmittel-Kalender.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat März findet in der Zeit vom Donnerstag, den 6., bis einschl. Sonnabend, den 15. März, zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städt. Markenausgabestellen statt. Die Zuckermarken sind in der vorgenannten Stelle sofort nachzuhändigen, Ersatz wird nicht geleistet. Zuckermarken, die in der vorgenannten Zeit nicht entnommen sind, werden nicht nachgeliefert.

Die dem Kleinhandel in der Vorwoche zugeteilten Suppen sind, soweit sie noch nicht verkauft wurden, auf Marke 273 des Warenbezugscheines Nr. 19, und zwar ¼ Pfund pro Kopf abzugeben. Der Preis beträgt für lose Suppen 1 Mk. für das Pfund, für gepackte Suppen zu dem auf den Paketen ersichtlichen Preise. Gegen Marke Nr. 87 der Kartoffelkarte Linsen von Mittwoch ab 5 Pfund Kartoffeln vom zuständigen Kleinhändler abgegeben und entnommen werden. In der Talamtschule werden nur Lebensmittel für Kranke gegen ordnungsmäßige Scheine abgegeben.

Halle, den 4. März 1919. **Der Magistrat.**

Zum Freibank-Verkauf am 6. März werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr Nr. 7251—7350
7351—7450
7451—7550

Die Kleinbeleuchtungsmittel

gelangen im März vorläufig nur in geringen Mengen zur Ausgabe. Die Haushaltungen erhalten die Marken zum Bezuge von ½ Liter Petroleum pro Haushalt ab Montag, den 10. März, in den zuständigen Markenausgabestellen mit den Brotmarken, die Gewerbetreibenden die ihnen zustehende Menge desgleichen wöchentlich. Kerzen werden vorläufig nicht verteilt. Karbid unterliegt ab 1. März bis auf weiteres widerruflich nicht mehr der Zwangsbewirtschaftung und kann ohne Marken, jedoch zu keinem höheren Preise als 1.60 Mark für 1 Kg. abgegeben werden.

Bekanntmachung.

Die 20-Mark- und 5-Mark-Kassenscheine (Notgeld) der Stadt Halle sollen bis zum 31. März d. Js. aus dem Verkehr gezogen werden; sie verlieren mit dem 1. April d. Js. ihre Gültigkeit. Es wird daher zu ihrer Einlösung bis zu diesem Tage aufgefordert.

Einlösestellen sind: die Stadthauptkasse, die Kassen der Städt. Werke, die städt. Sparkasse und deren Zweigstellen.

Außerdem haben sich sämtliche hiesige Bankfirmen zur Annahme der Scheine zwecks Einlösung bereit erklärt.

Die 50-Pf.-Scheine bleiben weiterhin in Umlauf, da der Mangel an entsprechender Reichsmünze noch fortbesteht.

Halle, den 25. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Gummierte und wasserdichte **Bettstoffe** in guten Qualitäten sowie Bedarfsartikel für Wöchnerinnen und Säuglinge empfiehlt **C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 41. 2095

Reparaturen an Uhren übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen Kurt Unger, Uhrmacher, Kl. Klausstr. 18 (nicht a. Markt), und Gr. Steinstr. 85 (gegenüber Barfüßerstr.). 2096

Fast ungebrauchte Möbel aller Art Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2099 **R. Sachse,** Hubenstraßen.

Gute derbe Hosenträger, vorzüglich im Tragen, zu sehr vorteilhaften Preisen. Ersatzteile: 2244 Stück 40, 50 und 60 Pf. **Bauerwäsche-Vertrieb** Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts, Ecke Gierstraße.

Karbid-Lampen Karbid (markenfrei). A37 Otto Spermann, neben Walhalla

Als Schneidermeister empfehlen sich für alle vorkommenden Arbeiten wie auch Wenden, Aendern, Reparieren von Herren- und Damensachen. Spezialität: Umarbeitung für Zivil und Militär. 2221 **O. Helmsath u. Sohn,** Steg 15.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Stellen finden

Ordentliche Zeitungs-Trägerinnen werden gesucht. **Verlag der Volksstimme.** Gr. Ulrichstraße 27.

Familien-Nachricht.

Am Sonntag, den 2. März, verschied plötzlich und unerwartet nach kurzem Krankenlager mein herzensguter, unvergeßlicher Mann, mein guter Schwiegersohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Mechaniker

Ernst Bodemann

im 30. Lebensjahre.

Merseburg, Moltkestr. 1, den 5. März 1919.
Halle a. S., Domplatz 8.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Hedwig Bodemann geb. Gierschner.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Altenburgfriedhofes zu Merseburg statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190305-11/fragment/page=0004